



Michael Sommer, DGB-Vorsitzender

Rede

## **Grundsatzreferat**

### **Gerechtigkeit in der Krise – Solidarisch in die Zukunft Für eine neue Ordnung – Ordnung in den Köpfen und Ordnung im System**

19. Ordentlicher Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes.  
Berlin, 17. Mai 2010

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

inne zu halten und über Grundsätzliches, über unsere Werte und Ziele nachzudenken, bevor es gleich in der Antragsberatung um unsere Politik für die nächsten vier Jahre geht, ist ein guter, ein wichtiger Brauch bei den Gewerkschaften und ich bin froh, dass sich auch dieses 19. Parlament der Arbeit auch heute die Zeit dafür nimmt.

Denn es hat in den vergangenen Jahren gewaltige Umbrüche gegeben.

Und obwohl wir Gewerkschaften - das sage ich nicht ohne Stolz - gerade in der aktuellen Krise gehört werden, in den Unternehmen, von Politik und in der Gesellschaft, obwohl wir Einfluss genommen haben und auch künftig Einfluss nehmen werden, müssen wir auch ungeheure Fehlentwicklungen zur Kenntnis zu nehmen.

Die Analyse ist ernüchternd, denn es ist einiges aus dem Lot geraten in diesem Land.

Wir haben verhängnisvolle Jahre von Deregulierung, Privatisierung und zügelloser Globalisierung erlebt.

Der historische Kompromiss der alten Bundesrepublik, der auch den kleinen Leuten ihr kleines Glück gönnte, der die Gesellschaft durchlässiger und den Aufstieg für alle greifbar machte, wurde aufgekündigt.

Und so kam vieles, an das wir geglaubt haben, unter die Räder.

Unsere Werte von guter Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität wurden erst verhöhnt und dann ausgehöhlt.

Das Ergebnis war die schlimmste Krise seit Jahrzehnten.

Deshalb sind wir überzeugt: Diese Gesellschaft muss dringend in Ordnung gebracht werden.

In eine gute, in eine soziale, in eine solidarische Ordnung. In eine neue Ordnung.

Damit Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität wieder den Wert erhalten, der ihnen zukommt.

Damit wir mit Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität gemeinsamen Wohlstand schaffen können.

Wir brauchen eine soziale Ordnung, die krisenfest ist.

---

**DGB-Bundesvorstand**  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin

Web: <http://www.dgb.de>  
Tel.: 030 / 240 60 - 0  
Fax: 030 / 240 60 - 324



Eine Ordnung, die den Sozialstaat stärkt und die Würde der Arbeit garantiert.  
Eine Ordnung, die Demokratie und Frieden sichert.

Kolleginnen und Kollegen,  
es ist die Arbeit, die die Werte schafft. Und wenn wir Gewerkschafter von Arbeit reden, dann meinen wir sozial sichere, humane, menschenwürdige Arbeit.  
Arbeit für alle.  
Arbeit, von der man leben kann.  
Arbeit, von der Eltern ihre Kinder ernähren können.  
Arbeit, die nicht krank macht.  
Arbeit, bei der wir mitbestimmen können.  
Die Wirklichkeit aber sieht anders aus. Ihr erlebt es täglich draußen vor Ort, in den Betrieben, den Unternehmen oder auch in den Warteschlangen der Jobcenter:  
Arbeit hat in den vergangenen Jahren vieles von ihrem Wert verloren. Und oft auch ihre Würde. Wir haben ein Jahrzehnt der Anarchie auf dem Arbeitsmarkt erlebt.  
Das Ergebnis ist nicht mehr und bessere Arbeit, sondern  
mehr prekäre Beschäftigung, mehr Ungerechtigkeit, mehr Missbrauch von Leiharbeit, mehr Lohn-  
Ungerechtigkeit, mehr Armutslöhne, mehr Unterbeschäftigung - kurz: weniger Würde von Arbeit.  
Millionen von Beschäftigten werden erpresst, müssen länger arbeiten und verdienen immer weniger -  
und lassen sich darauf ein, um ihren Job zu retten.  
Dabei wissen die meisten Arbeitgeber haargenau, wie leicht ihr Spiel ist.  
Denn schon die Drohung mit Arbeitslosigkeit, die Angst vor Hartz IV reicht oft, um die Menschen  
gefügig zu machen.  
Die Furcht sitzt tief, selbst den Arbeitsplatz zu verlieren und irgendwann auch die bürgerliche Existenz.  
Ein dumpfes Gefühl von Bedrohung durch globale Entwicklungen, die kaum zu durchschauen sind,  
geschweige denn zu steuern, haben das gesellschaftliche Klima im vergangenen Jahrzehnt verändert.  
Sie haben das soziale Gleichgewicht in diesem Land empfindlich gestört.

Kolleginnen und Kollegen,  
es ist pervers, wohin der Geiz und die grenzenlose Gier einer schamlosen, selbsternannten Elite diese  
Gesellschaft inzwischen gebracht hat.  
Schon fast ist das Chaos der Schamlosen Normalität geworden:  
Der kurzfristige Gewinn geht über alles, ebenso das Wohl des Aktionärs.  
Es wird gezockt statt produziert, die Vorsorge eines ehrbaren Kaufmanns wird mild belächelt, aus  
Bankiers wurden Banker und die Verantwortung für die eigenen Beschäftigten auf den Staat  
abgeschoben.  
Wir haben lange vor amerikanischen Verhältnissen auf unseren Arbeitsmärkten gewarnt, heute haben  
wir sie.  
Da müssen Menschen beispielsweise in Bäckereien, bei Sicherheitsfirmen oder Friseuren für Löhne  
schuften, von denen kein Mensch sich selbst, geschweige denn eine Familie ernähren kann.  
Selbst dann nicht, wenn er oder sie zwei oder drei Jobs annähme.

Kolleginnen und Kollegen,  
dann schicken diese Arbeitgeber ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auch noch zur Arbeitsagentur.



Soll der Staat doch geben, was den Leuten zum Leben fehlt. Das ist wirklich dreist. Das ist hunderttausendfacher Missbrauch staatlicher Leistungen!

Immer mehr Unternehmen tragen den Wettbewerb um die niedrigsten Kosten und das günstigste Angebot gnadenlos auf dem Rücken der Beschäftigten aus. Und auf dem Rücken des Staates. National. In Europa. Und weltweit.

Schamlos verbrämen sie blanke Ausbeutung mit angeblichen Zwängen der Globalisierung.

Und ihre Helfershelfer in der Politik bereiten den Weg.

Im Jahr 2010 sind die Einkommens- und Vermögensunterschiede in Deutschland größer denn je. Im Jahr 2010 ist die Schere zwischen arm und reich, zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, zwischen Frauen und Männern oder zwischen Leiharbeitskolonnen und Stammbeslegschaft weiter geöffnet denn je.

Im Jahr 2010 beziehen acht Millionen Menschen in Deutschland Leistungen von der Bundesagentur für Arbeit.

Die offizielle Statistik weist allein 4,7 Millionen Menschen als „unterbeschäftigt“ aus, also als wirklich arbeitslos. Nur zur Erinnerung: Versprochen wurde uns eine Halbierung der Arbeitslosenzahlen.

Auch im Jahr 2010 haben die Armen kaum noch eine Chance, aus eigener Kraft ihrer Lage zu entkommen.

Die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in reguläre Beschäftigung ist nach wie vor verschwindend gering.

40 Prozent haben das Hartz-IV-System noch nie verlassen, weitere 40 Prozent sind in irgendwelchen Maßnahmen, die mehr die Statistik bereinigen als den Betroffenen helfen und nur 20 Prozent sehen wenigstens ab und zu mal Licht am Ende des Tunnels.

Im Jahr 2010 hat die Kinderarmut erschreckende Ausmaße angenommen.

Und ich mahne: Diese Kinder gehören wirklich auf die Agenda.

Sie müssen ihre Chance bekommen. Sie dürfen nicht ausgegrenzt werden, nur weil ihre Mütter oder Väter keine Arbeit finden oder arm sind. Oder Arbeiterkinder, deren Chancen, an die Universitäten zu kommen, immer schlechter werden.

Kolleginnen und Kollegen,

es gehörte einmal zum gesellschaftlichen Konsens in der Bundesrepublik Deutschland, dass Intelligenz nichts mit dem Geldbeutel zu tun hat.

Dass wir alle Kinder brauchen und dass Bildung ein Menschenrecht ist und niemand ins Prekariat abgeschoben wird. Dass jedem Kind eine gute Schul- und Berufsausbildung zusteht.

Ich selbst habe diesem emanzipatorischen Sozialstaat und seinem Bildungs-Versprechen viel zu verdanken.

Viele von Euch vermutlich auch.

Lasst uns das niemals vergessen.

Kolleginnen und Kollegen,

Dieses Land ist im vergangenen Jahrzehnt aus dem Lot geraten.

Der soziale Teil der Marktwirtschaft deutscher Prägung, der historische Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit wird systematisch, Stück für Stück, demontiert.

Sicherlich nicht überall, wie zum Beispiel das Bekenntnis der Bundeskanzlerin zur Mitbestimmung oder der Tarifautonomie belegt.

Aber auch hier mahne ich. Die offensichtlich geplante Änderung der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes zur Tarifaufonomie droht Splittergruppen zu begünstigen und damit das Tarifsysteem auszuhöhlen.

Die Tarifeinheit im Betrieb ist ein unverzichtbarer Bestandteil dieses Systems. Das muss im Tarifvertragsgesetz unmissverständlich klargestellt werden.

Kolleginnen und Kollegen,

Aus dem Lot geraten ist auch soziale Gerechtigkeit. Sie verkommt zur Fürsorge, zur Armutsvorsorge, wie in Großbritannien.

Das Schröder-Blair-Papier lässt grüßen. Aber auch dort hat ja New Labour die Quittung bekommen - für die Verarmung der Armen und die Vergötterung der Märkte.

Massenhafte Abhängigkeit von Hartz IV und Ein-Euro-Jobs haben mit sozialer Gerechtigkeit nichts mehr zu tun, wohl aber mit Entwürdigung und Perspektivlosigkeit.

Die Solidarität der sozialen Sicherungssysteme wird immer dreister aufgekündigt.

Wir erinnern uns:

Schon in den 80er Jahren haben die jeweiligen Bundesregierungen in Bonn immer mal wieder Milliarden zwischen Arbeitslosen- Kranken- und Rentenversicherung hin und her geschoben, wenn sich irgendwo ein Loch auftat.

Richtig dramatisch wurde es, als die Konservativen die Kosten der deutschen Einheit nicht aus Steuern begleichen wollten - sondern diese Kosten den Sozialversicherungen aufbürdeten.

Denn schon damals war es bei den Besitzenden verpönt war, Steuern zu zahlen.

Aus der so verursachten Schieflage hat sich die Rentenversicherung bis heute nicht richtig erholt.

Wie viel stabiler wäre sie, hätte sie diese Verschiebeparkplätze nicht verkraften müssen.

Und wie viel stabiler wäre sie, würde die Politik nicht versuchen, die Altersvorsorge zumindest teilweise zu privatisieren und in die Hände der Zocker zu geben.

Wie viel stabiler wäre die gesetzliche Rente, wenn allein auf ihre Stärke, auf das Modell der Erwerbstätigenversicherung und die Ergänzung durch Betriebs- und Tarifrrenten gesetzt würde.

Die Folgen einer falsch angelegten Rentenpolitik müssen die Beschäftigten ausbaden, wie immer.

Nicht die Demographie ist unser Problem, sondern die systematische Schwächung des gesetzlichen Umlagesystems.

Wir wehren uns mit Recht gegen die Rente mit 67. Denn solange es keine Arbeitsplätze für die Älteren gibt, solange jemand mit über 50 zum alten Eisen gehört, ist die Rente mit 67 nur ein Rentenkürzungsprogramm.

Das ist mit uns nicht zu machen!

Kolleginnen und Kollegen,

die Entsolidarisierung geht in der Krankenversicherung weiter. Die paritätische Finanzierung des Gesundheitswesens ist ja schon lange Geschichte.

Ich erinnere nur an den Buß- und Betttag für die Pflege, das Krankengeld, das die Beitragszahler allein versichern.

Ich erinnere an die Praxisgebühr, gravierende Verschlechterungen beim Zahnersatz oder bei Sehhilfen und die drastischen Zuzahlungen für Medikamente.

Die Kopfpauschale aber ist der Gipfel: Da soll das Kapital endgültig aus der Mitverantwortung für die Gesundheit der Beschäftigten entlassen werden.

Wer das will, der muss wissen: Das gibt Ärger mit uns. Wir werden dieser Herausforderung nicht ausweichen!

Und soll doch niemand die Menschen für blöd halten. Die wissen, dass der versprochene Sozialausgleich nicht funktionieren kann, weil die Summen viel zu hoch wären, die man dafür bräuchte.

Wir glauben den Apologeten der Kopfpauschale ohnehin nicht. Der versprochene Sozialausgleich wird nicht kommen und soll nicht kommen.

Und auch wir werden dafür kämpfen, dass er nicht gebraucht wird.

Denn die Kopfpauschale selbst darf nicht kommen.

Und wird nicht kommen, wenn die Wahlkämpfer von NRW ihr Wort nicht brechen.

Übrigens, es gibt vernünftige Alternativen zur ausschließlichen Kopplung der Krankenversicherungsbeiträge an die Löhne, nämlich eine Bürgerversicherung, in die jeder und jede einzahlt und die allen nützt.

Kolleginnen und Kollegen,

die traurige Wahrheit ist: Die Starken wollen keine Verantwortung mehr für die Schwachen übernehmen.

Und jene, die selbst in ihren Kreisen als die unverantwortliche Erben-Generation bezeichnet werden, halten sich für etwas Besseres. Sie wollen mit vermeintlichen Verlierern nichts zu tun haben.

Was sie wollen ist: viel abschöpfen, Boni verdienen, gut leben, möglichst wenig Steuern zahlen, nur für sich selbst aufkommen - und das alles auf Kosten der großen Masse der kleinen Leute.

Was sie nicht wollen, ist Verantwortung übernehmen, Verantwortung für ihre Beschäftigten, für ihren Betrieb, für die Gesellschaft, in der sie leben.

Übrigens, Herr Vizkanzler, die alten Lateiner wussten schon: *Quisquis agis prudenter agas et respice finem* - was Du auch tust, handle klug und bedenke das Ende.

Daran hätten Sie denken sollen, wenn sie wirklich Missstände hätten anprangern wollen:

An die Schamlosigkeiten der Eliten und das Los der Armen.

Merke: auch im alten Rom waren nicht die Sklaven dekadent, sondern die Sklavenhalter.

Kolleginnen und Kollegen,

dass die Werte von Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität noch nicht gänzlich unter die Räder gekommen sind, ist vor allem uns, den Gewerkschaften, zu verdanken.

Wir waren es, die immer wieder Front gemacht haben gegen unsoziale Politik.

Gegen das Singen neoliberaler Lieder.

Gegen die Verbeugung demokratischer Politik vor den vermeintlichen Sachzwängen einer Wirtschaft, die nach Maximalprofiten strebt.

Wir haben den Finger in den vergangenen Jahren immer wieder in die Wunde gelegt.

Unverdrossen und ganz gleich, welchen Ärger wir uns einhandelten. Und mit wem wir uns Ärger einhandelten.

Uns geht es nur darum, der Arbeitnehmerschaft und den sozial Schwachen eine Stimme zu geben. Und das auch dann, wenn die Politik es vorzieht, weg zu hören.

Kolleginnen und Kollegen,



die organisierte Arbeitnehmerschaft ist vor dem Neoliberalismus nicht in die Knie gegangen. Wir sind den geistigen Vätern des Neoliberalismus nicht gefolgt.

Denn wir wissen, dass die Unterwerfung der Politik unter die Interessen des Kapitals weder modern ist noch zukunftsgerichtet.

Und dass dies die Demokratie aushöhlt.

Wir haben zu Recht aufs Totenglöckchen nicht gehört.

Wir sind auch nicht die Ewig-Gestrigen, sondern die pragmatischen Utopisten, die den Fortschritt organisieren, den kleinen aber stetigen Fortschritt.

Zumindest haben wir vielfach den Rückschritt verhindert. Schutz und Gestaltung war unsere Aufgabe, bleibt unsere Aufgabe.

Die Gewerkschaften waren, sind und bleiben zu Recht selbstbewusst. Sie und ihr Bund sind stark und zukunftsfähig.

Kolleginnen und Kollegen,

natürlich kann man Gewerkschaft auch anders organisieren, als wir das in Deutschland tun.

Ich halte allerdings die Idee der Einheitsgewerkschaft, das Prinzip ein Betrieb, eine Gewerkschaft, den Betriebsbezug unserer Arbeit, das Industrieverbands-Prinzip, die gemeinsame Organisation aller Generationen, anders als manchmal in der Zeit der Weimarer Republik gemeinsame Organisationen für Männer und Frauen, gemeinsame Gewerkschaften für Arbeiter, Angestellte und Beamte im Öffentlichen Dienst, keine getrennten Verbände für unterschiedliche Status- oder Berufsgruppen und nicht zuletzt die Überzeugung, am besten wirken zu können, wenn wir mit jeder demokratischen Partei zusammen arbeiten, aber dies parteipolitisch unabhängig und ausschließlich geleitet von den gemeinsamen Interessen unserer Mitglieder.

All dies halte ich für wirklich zukunftsweisend.

Auch die Arbeitsteilung zwischen den Gewerkschaften und ihrem Bund ist im Prinzip richtig.

Die Stärke der Gewerkschaften liegt im Betrieb, in der Handhabung der Mitbestimmung, in der Ausgestaltung der Tarifpolitik.

Und sie gewinnt dadurch zusätzliche Kraft, dass die Gewerkschaften sich einen Bund geschaffen haben, der ihre Politik verallgemeinert und gesellschaftspolitisch vertritt.

Dieser Bund, der DGB, ist so gesehen niemals die neunte Gewerkschaftsorganisation, sondern immer der gemeinsame Arm seiner Mitgliedsgewerkschaften.

Dass der neue Satzungsentwurf dieses Prinzip bestätigt und herausarbeitet, ist ein wichtiges Ergebnis unserer gemeinsamen Diskussionen:

Die Gewerkschaften bekennen sich zu ihrem Bund und der Bund konzentriert sich auf die Aufgaben, die ihm die Gewerkschaften geben.

Und ich füge hinzu: eine wichtige Aufgabe des neuen Geschäftsführenden Bundesvorstands wird es sein, die hauptamtlichen Strukturen im DGB nicht nur der neuen Satzung anzupassen, sondern auch zu modernisieren und effektiver zu machen.

Kolleginnen und Kollegen,

Dieser Bund und damit wir alle stehen vor gewaltigen Herausforderungen.

Denn wir sind nicht weniger, aber auch nicht mehr als die starke, einheitliche Interessenvertretung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Und weil es so wichtig ist, wiederhole ich es bewusst:



Wir ergreifen Partei für die Schwachen.

Aber wir sind keine Partei.

Das ist die Stärke der Einheitsgewerkschaft. Und ihre Begrenzung zugleich.

Das Streikrecht, die Wahrnehmung des Widerstandsrechtes nach Artikel 20 unseres Grundgesetzes, aber auch unsere politischen Rechte einschließlich des Demonstrationsrechtes innerhalb und außerhalb des Betriebes leiten wir aus diesem Grundverständnis ab.

Und so schöpfen wir unsere Kraft aus der Einheit. Aus der Fähigkeit, Vielfalt zu gemeinsamer Stärke zu bündeln.

Aus der Bereitschaft, uns Mühe miteinander zu geben - auch wenn wir in der Sache mal anderer Meinung waren und sind.

Unsere Kraft kommt aus dem festen Willen, immer wieder Brücken zu bauen zum gemeinsamen Ziel.

Unsere Gestaltungskraft entsteht aus der Bündelung unterschiedlicher Kulturen und Erfahrungen, aber dem gemeinsamen Willen für eine bessere Zukunft zu kämpfen.

So sind wir eine der bestimmenden Gestaltungskräfte in diesem Land geworden.

Und dass der soziale Friede trotz aller Verwerfungen gehalten hat, das ist auch uns zu verdanken.

Umso mehr haben wir die Verantwortung, ja, die Pflicht, unseren Beitrag zu erbringen, damit dieses Land wieder ins Lot kommt. Und ich verspreche Euch: Wir werden dieser Pflicht nachkommen.

Kolleginnen und Kollegen,

was wir brauchen ist ein sozial gerechteres und gesamtwirtschaftlich stabileres Wirtschaftsmodell.

Dazu müssen wir uns allerdings zuerst der Finanzmärkte annehmen. Sie sind, daran besteht wohl kein Zweifel, national und international vollkommen aus dem Ruder gelaufen.

Was mit der Krise des Bankensystems begann, schlug schnell auf die Realwirtschaft durch.

Dass die Regierungen mit Finanzspritzen ungeheuren Ausmaßes, mit Konjunkturspritzen, mit Kurzarbeitergeld sofort reagiert haben, das war wichtig und das war auch richtig, auch jetzt beim Angriffskrieg der Hedgefonds gegen den Euro.

Da haben wir auch erheblichen Einfluss gehabt und wir haben ihn genutzt, zum Wohl von Hunderttausenden, die nichts für diese Krise können, die nie profitiert haben, aber nun Angst haben müssen, im Strudel windiger Geschäfte ihre Existenz zu verlieren.

Doch der Spuk ist noch lange nicht vorbei. Die Krise hat eine gewaltige Schneise in die ohnehin schon knappen Staatshaushalte geschlagen.

Was das mittel- und langfristig für einen Sozialstaat bedeuten kann, das ist bereits in einigen europäischen Ländern zu besichtigen und bei uns werden bereits dieselben Töne angeschlagen.

Da werden öffentliche Dienste gekürzt, Renten und soziale Leistungen gekappt, bei den kleinen Leuten gespart und das immer mit dem Argument, dass nun einmal kein Geld da sei.

Kolleginnen und Kollegen,

ich kann nur jeden in diesem Land davor warnen, diesen verhängnisvollen Weg zu gehen.

Denn wenn sich diese Gesellschaft immer weiter spaltet, dann laufen wir Gefahr, mitten in eine Gesellschafts- und Staatskrise hineinzuschliddern - und deren Folgen für Demokratie, Stabilität und auch den Frieden können wir gar nicht ermessen.

Auch deshalb werden wir Gewerkschaften alles daran setzen, wieder Ordnung schaffen auf den nationalen und internationalen Finanzwirtschaft - auch wenn jene selbsternannte Elite, der wir das Elend verdanken, greint und jault und alles tut, um sich vernünftigen Regeln zu entziehen.

Denn wir wissen, sie planen munter weiter zu machen, erneut auf den Finanzmärkten zu wetten – auf die Pleite großer oder kleiner Unternehmen oder den Untergang einer ganzen Volkswirtschaft, eines Währungsverbundes, einer Staatengemeinschaft.

Es ist unverantwortlich, ja, in einigen Fällen wie bei Goldman Sachs offenbar auch kriminell, was Investmentbanker unter dem Deckmantel angeblicher innovativer Finanzprodukte so getrieben haben und zum Teil noch treiben.

Und es ist mindestens genauso unverantwortlich, dass die Politik zwar innerhalb von einer Woche hunderte von Milliarden Euro bereit stellen kann, um die Zocker rauszupacken, es aber anderthalb Jahre nach dem Lehman-Crash immer noch nicht geschafft hat, wenigstens gefährliche Leerverkäufe wirksam zu unterbinden.

Oder Rating-Agenturen an die Kette zu legen.

Einen TÜV für neue Finanzprodukte einzuführen.

Um einen neuen Zusammenbruch zu verhindern, brauchen wir ausgesprochen restriktive Regelungen bei der Verbriefung von Forderungen.

Wir brauchen ein Verbot von Leerverkäufen und ein Ende des Handels mit Kreditausfallversicherungen.

Wir brauchen endlich ein Verbot, Risiken aus den Bilanzen auszulagern ohne sie angemessen mit Eigenkapital zu hinterlegen.

Der Staat muss sich endlich das Recht sichern, Banken notfalls zu zerschlagen, wenn sie zu groß und mächtig werden, um sie scheitern zu lassen.

Veräußerungsgewinne müssen endlich wieder versteuert werden. Es war ein wahrhaft kapitaler Fehler, diese Gewinne steuerfrei zu stellen, denn das war die Gruft für die Deutschland AG.

Nicht zuletzt brauchen wir endlich eine wirksame Finanztransaktionssteuer.

Es gibt keine vernünftige Alternative zu ihr, weil zum einen kurzatmige Geschäfte unattraktiver werden und zum anderen die Verursacher endlich an den Kosten des Desasters beteiligt werden.

Die Mini-Bankenabgabe, die die Bundesregierung plant, würde ja nicht mal ausreichen, um eine Dorfsparkasse aufzufangen.

Nein, wir brauchen eine vernünftige Finanztransaktionssteuer in Europa.

Und wenn das fürs erste nicht durchsetzbar ist, darf die Bundesregierung nicht hilflos mit den Achseln zucken.

Dann muss sie sich wenigstens für eine nationale Börsenumsatzsteuer entscheiden - wie sie in anderen europäischen Ländern einschließlich Großbritanniens längst erhoben wird.

Denn es müssen die zahlen, die uns reingeritten haben. Es bleibt dabei: Die Lasten dürfen nicht allein auf die kleinen Leuten abgewälzt werden.

Nicht zuletzt muss der Würgegriff gelockert werden, mit dem die Finanzwirtschaft die reale Wirtschaft zu strangulieren droht. Auch davon spreche ich, wenn ich sage, dass wir eine neue Ordnung brauchen.

Kolleginnen und Kollegen,

es war niemals möglich und es wird auch niemals möglich sein, anständig und mit der stinknormalen Produktion guter Autos oder Maschinen, von Kuscheltieren oder Kartoffeln, mit Altenpflege oder Service und Vertrieb zwanzig, dreißig Prozent Gewinn zu machen.

Und das ist auch völlig in Ordnung. Dauerhafte Renditen im einstelligen Bereich sind da viel, viel seriöser.

Wer aber Gewinnhöhen von Hedgefonds anstrebt, der kann dies nur mit haltloser Spekulation.



Der setzt nicht auf das Erlblühen gesunder Unternehmen, sondern auf deren Ausplünderung und am Ende ihre Zerschlagung.

Der kauft und verkauft Firmen wie Schweinehälften rund um den Globus, ohne sich darum zu kümmern, wie die Geschäfte wirklich laufen und wie es den Beschäftigten geht.

Der belastet gesunde Betriebe mit dem eigenen Kaufpreis und treibt sie in die Insolvenz.

Das ist es, was wir endlich unterbinden müssen.

Die neue Ordnung, die ich meine, sieht anders aus: Ein Finanzsystem, das der Realwirtschaft dient, statt sie von innen auszuhöhlen. Banken, die florierende Unternehmen mit ordentlichen Krediten versorgen.

Das gilt auch für öffentliche Banken. Ihre ureigenste Legitimation besteht darin, dass sie sich eben anders benehmen als Hedgefonds und Investmentbanken. Sie haben nur dann eine Existenzberechtigung.

Ihr Sinn kann doch nur darin bestehen, den kleinen Leuten und dem Mittelstand verpflichtet zu sein oder der öffentlichen Hand zu helfen, aktive Struktur-, Regional- und Industriepolitik zu betreiben.

Prinzipiell: Was wir brauchen, sind Finanz-Manager, die etwas riskieren, weil sie von neuen Produkten und Ideen überzeugt sind und nicht, weil sie auf ihr Scheitern wetten.

Das aber setzt voraus, dass der Staat endlich die Kraft findet, die Finanzwirtschaft an die kurze Leine zu nehmen.

Das setzt voraus, dass die demokratische Politik wieder das Primat vor einer selbstherrlich agierenden Wirtschaft bekommt.

Das setzt den Willen zur Umkehr voraus.

Das brächte das Finanzwesen wieder ins Lot.

Das wäre ein wichtiger Beitrag zu einer neuen Ordnung.

Kolleginnen und Kollegen,

Umkehr und Ordnung sind auch die Zauberworte für den Arbeitsmarkt.

Zu lange haben wir uns den Blödsinn vom segensreichen Wirken eines Niedriglohnsektors angehört, von der Notwendigkeit, Arbeitnehmerschutzrechte abzubauen und alles zu flexibilisieren, was möglich war.

Immer wurde uns vorgehalten, dass Bescheidenheit bei Lohn und Schutzrechten das Mittel der Wahl gegen die Arbeitslosigkeit seien.

Und wenn das nicht funktionierte - und es funktionierte nie - dann redeten sich die Neoliberalen damit heraus, dass die bittere

Medizin eben weiter genommen werden müsse. Bis die Flasche leer sei.

Nun, die Flasche ist leer.

Und unsere Geduld ist schon lange am Ende.

Und es ist schlicht eine Unverschämtheit, dass ausgerechnet die Schutzpatrone der freien Berufe den Mindestlohn verteuern.

Die wollen uns weismachen, dass das Ende des christlichen Abendlandes naht, wenn ein Mensch für gute Arbeit mindestens 8,50 die Stunde bekommt, und keinen Cent weniger.

Kolleginnen und Kollegen,

ich habe mal in den Gebührenordnungen gestöbert, die es so gibt. Für Freiberufler wie Ärzte und Tierärzte und Zahnärzte und Anwälte und Notare und Architekten und Steuerberater und, und und.



Für die sind Bezahlungssätze, richtige Mindestentlohnungen per Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates festgeschrieben.

8,59 Euro gibt es zum Beispiel für die allgemeine Untersuchung eines Mastschweins. Das dauert dann aber keine Stunde.

Versteht mich Recht - ich habe nichts dagegen, dass auch Tierärzte oder Notare keine Lust haben, sich gegenseitig mit ihrem Stundenlohn Konkurrenz zu machen, sondern sagen, die Leute sollen zu ihnen kommen, weil sie gute Arbeit machen.

Ich kann zur Not auch noch Verständnis dafür aufbringen, dass diese Gebührenordnungen jeweils still und heimlich vor den Bundestagswahlen angeglichen werden.

Ich kann nur nicht einsehen, warum ein menschenwürdiges Entgelt nicht auch allen anderen zustehen soll!

Ich werde nie akzeptieren, dass sich ausgerechnet die Ärmsten der Armen gegenseitig mit Hungerlöhnen unterbieten sollen!

Ich fordere die Regierungsparteien auf, mit diesem Irrsinn Schluss zu machen.

8,50 Euro Mindestlohn für alle.

Ein solcher Mindestlohn wäre nicht nur ein sinnvoller Beitrag zur Bekämpfung von Armutslöhnen, sondern auch ein sinnvoller Beitrag zur Absicherung des Tarifsystems nach unten.

Kolleginnen und Kollegen,

das wäre ein überfälliger Anfang, dem aber weitere Schritte folgen müssen. Denn es wird Zeit, dass auch auf dem Arbeitsmarkt wieder eine soziale Ordnung geschaffen wird.

So verlangen wir

- ein Ende der Subventionen von Mini- und MidiJobs,
- gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für Männer und Frauen,
- kein Missbrauch der Zeitarbeit, also gleiche Arbeitsbedingungen und gleiche Bezahlung für Stammbeschafteten und Leihbeschäftigte und mehr Mitbestimmung der Betriebsräte,
- ein Ende der Tariffucht
- mehr Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen
- ein Austrocknen des Niedriglohnsektors und nicht zuletzt
- die Stärkung von sicheren, unbefristeten, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen.

Nur dann können arbeitende Menschen ihre Zukunft planen, nur dann können sie ihren Angehörigen den nötigen Rückhalt geben.

Wenn selbst die OECD feststellt, dass die Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland seit dem Jahr 2000 stärker zugenommen hat als in jedem anderen Land der OECD, dann ist das ein Warnsignal für unsere Zukunft.

Wir fordern Arbeitgeber und Politik auf, endlich gemeinsam mit uns gegenzusteuern. Zum Wohl der gesamten Gesellschaft.

Und komme uns niemand mit den Zwängen der Globalisierung.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Immer häufiger sind es deutsche Firmen, die international die Löhne drücken.

Die allermeisten Länder in der EU haben ja längst einen Mindestlohn!



Und wir sind es dann, die mit Billigangeboten kommen und jeden unterbieten, der vernünftige Löhne zahlt.

Kolleginnen und Kollegen,  
wir haben nicht den Ehrgeiz, Weltmarktführer bei der Lohndeflation zu sein. Im Gegenteil.  
Mit Blick auf den Niedriglohnsektor sage ich: Wir haben auch bei den Einkommen aus Arbeit einen ungeheuer großen verteilungspolitischen Nachholbedarf.  
Billigarbeit geht zu Lasten der kleinen Leute. Hier in Deutschland. Und in Europa.  
Sie ist menschenunwürdig und auch ökonomisch unsinnig.  
Nicht Einkommensverzicht, sondern eine massive Ankurbelung der Binnennachfrage sind das Gebot der Vernunft.  
Wir Gewerkschaften wollen überall gute Löhne für gute Arbeit.  
Und auch deshalb kämpfen wir für eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.  
In Deutschland und in Europa.

Kolleginnen und Kollegen,  
europapolitisch stehen wir vor einem Scheideweg.  
Bleibt Europa ein Hort des Neoliberalismus und der sozialen Stagnation oder werden wir endlich die notwendigen demokratischen Rechte erstreiten, um die Eurobürokratie zu kontrollieren und zu verhindern, dass sich die Regierungen mit ihren unsozialen Absichten hinter Europa verstecken.  
Tatsache ist: Auch nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages sind wir von demokratischer Kontrolle und Lenkung Europas noch ebenso weit entfernt wie von einer wirklich sozialen Staatengemeinschaft.  
Noch immer begreift sich die Euro-Bürokratie als Hüterin von Deregulierung, freiem Markt und Unternehmerinteressen.  
Dabei müsste sie eigentlich die Profitgier im Geist der politischen und sozialen Menschenrechte zügeln.

Sie müsste den Europäerinnen und Europäern von Portugal bis Rumänien, von Lettland bis Italien Mitsprache beim Haben und beim Sagen garantieren.  
Und auch der Europäische Gerichtshof nimmt schon lange nicht mehr die Rolle des Fortschrittsmotors wahr.  
Ernüchert müssen wir feststellen: Auch nach der Erweiterung der EU auf 27 Mitgliedsstaaten ist es nicht wirklich gelungen, aus der Wirtschaftsgemeinschaft eine echte politische Union zu machen.  
Und das schränkt auch unsere Handlungsmöglichkeiten ein.  
Natürlich war es richtig, dass wir die Dienstleistungsrichtlinie vom Kopf auf die Füße gestellt haben und es ist auch gut, dass wir das Herkunftslandprinzip bei der Behandlung von Arbeit verhindern konnten.  
Aber es ist leider auch wahr, dass wir kein soziales Europa schaffen können, wenn wir unsere Kraft in immer neuen Abwehrkämpfen verschleiben müssen.

Kolleginnen und Kollegen,  
Europa braucht gemeinsame Zukunftsprojekte. Projekte, für die sich die Menschen einsetzen. Projekte, die sie nicht bekämpfen müssen. Sondern für die sie sich begeistern können.  
Vielleicht könnte die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung ein solches Projekt sein - einer gemeinsamen Regierung, die ökonomischen, ökologischen und sozialem Fortschritt gleichermaßen verpflichtet ist.



Eine Wirtschaftsregierung, die in der Lage wäre, schnell und transparent Krisen zu meistern und Spekulanten das Handwerk zu legen.

Eine Wirtschaftsregierung, die eine gemeinsame Klimapolitik durchsetzt, die Arbeitsplätze sichert und schafft sowie Industrie- und Umweltpolitik sinnvoll miteinander verbindet.

Auch dafür aber ist die echte Demokratisierung Europas Voraussetzung.

Das bislang Erreichte ist schlicht zu wenig.

Ohne Demokratie und ohne soziales Gewissen wird Europa scheitern.

Wir wollen das nicht. Und wir können nur hoffen, dass die Euro-Bürokraten, das Europäische Parlament und die Regierungen endlich aufwachen.

Kolleginnen und Kollegen,

den Ungeist von Deregulierung und Neoliberalismus müssen wir auch aus dem Steuer- und Sozialversicherungssystem vertreiben.

Die Entstaatlichung hat zwischen 1998 und 2008 zu dem verrückten Ergebnis geführt, dass Deutschland als einziges Land in der Europäischen Union seine gesamten Staatsausgaben preisbereinigt gesenkt hat.

Das heißt aber nicht, dass der Staat deshalb weniger Aufgaben hätte - er kann sie nur nicht mehr oder nicht mehr so gut erledigen wie es nötig wäre.

Es führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei: Wenn der Staat seinem gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch in Zukunft nachkommen will, müssen die Staatseinnahmen wieder steigen.

Die sprichwörtliche schwäbische Hausfrau kann nämlich nicht nur sparen, die ist erstmal eifrig hinterher, dass ordentlich was in die Kasse kommt.

Und wer wirklich ein gerechtes Steuersystem will, der muss dafür sorgen, dass die Starken mehr schultern als die Schwachen.

Der muss sich endlich verabschieden von unsinnigen Steuergeschenken für Reiche und Superreiche, die inzwischen selbst vielen von denen peinlich sind, die sie bekommen sollen.

Die halten das nämlich auch für unanständig. Und sie können rechnen.

Die wissen, dass man nicht alles haben kann, erst Milliarden für die Finanzindustrie und dann noch Steuergeschenke und gute Bildung und eine gute Infrastruktur und Sicherheit und ein funktionierendes Rechtssystem und, und, und.

Und nicht nur sie wissen, wie unsinnig die so genannte Schuldenbremse ist. Sie war und bleibt der größte finanzpolitische Unsinn der großen Koalition.

Seriöse Politik wäre gut beraten, sie wieder aus dem Grundgesetz zu streichen.

Mit anderen Worten: Soziale Balance wird es auf Dauer nur geben, wenn wir wieder ein gerechtes, solidarisches Steuersystem haben

mit einem vernünftigen Spitzensteuersatz für die, die wirklich vermögend sind,

mit passgenauen Abstufungen für jene, die weniger haben

und mit Hilfen für die, die Hilfe brauchen.

Und nur, wenn der Staat endlich wieder in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen, kann er auch dem Anspruch gerecht werden, die Zukunft aktiv zu gestalten.

Ja, auch die Staatsfinanzen brauchen eine neue Ordnung. Und das ist nicht die der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, sondern eine im Interesse der Arbeit und eines handlungsfähigen Staates.

Kolleginnen und Kollegen,

eine neue Ordnung, die Gestaltungskraft freisetzt, ist es, die dieses Land dringend benötigt.

Ohne zusätzliche und massive öffentliche Investitionen „in Beton“ und „in Köpfe“ wird es nicht gehen.

Das fängt bei einer vernünftigen Kinderbetreuung an, geht über gute Schulen, herausragende Universitäten und hört in der Forschungs- und Innovationsförderung nicht auf.

Was wir brauchen ist eine vorausschauende Industrie- und Dienstleistungspolitik, die den Einsatz neuer Technologien auch in bestehenden Branchen forciert.

Die es ermöglicht, dass Deutschland nicht nur bei den Investitionsgütern, in der Automobil- und Chemieindustrie oder im Maschinenbau Weltspitze bleibt, sondern Schritt halten kann in den strategisch zentralen Branchen der Informations-, Nano-, Umwelt-, Energie- und Biotechnologie.

Dazu gehört, dass forschungsnahe Dienstleistungen und Entwicklungen für kleine und mittlere Unternehmen gefördert werden, da hat unser Land noch zentrale Defizite.

Da müssen endlich auch Leitmärkte definiert und Entwicklungsszenarien erarbeitet werden.

So müsste eine ökologische Wirtschaftspolitik und eine „grüne Industrie“ dazu beitragen, dass wir künftig die natürlichen Ressourcen effizienter nutzen und Treibhausgas-Emissionen reduzieren.

Dazu brauchen wir den weiteren Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien.

Zugleich müssen die Wirkungsgrade der Kraftwerke erhöht werden, denn Deutschland wird noch für einige Jahrzehnte auf nicht erneuerbare Energieträger angewiesen sein.

Gleichwohl halten wir an dem Gesetz zum Ausstieg aus der Atomenergie fest. Denn Kernenergie ist umweltpolitisch gefährlich und wirtschaftspolitisch riskant.

Es ist unverantwortlich, den mühsam gefundenen Kompromiss jetzt aus reiner Profitgier aufzukündigen und den Druck auf die Entwicklung alternativer Energiesysteme zu lockern.

Wir fordern die Bundesregierung auf, an dem Atomausstieg festzuhalten.

Ich glaube übrigens auch: es täte angesichts der Preisentwicklung auf den Rohstoffmärkten und den Spekulationswellen bei den Energieträgern dem Land gut, den Ausstieg aus der Steinkohleförderung rückgängig zu machen und auch die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung politisch zu ermöglichen.

Denn mit der heimischen Braun- und Steinkohle können wir die Versorgungssicherheit verbessern.

Mit einem Bekenntnis zur Kohle könnte die Bergbautechnologie in die Zukunft geführt und der Zugang zu den Lagerstätten dieses im Land befindlichen Grundstoffes nachhaltig gesichert werden.

Kolleginnen und Kollegen,

auch und gerade in der Krise müssen wir die industriellen Kerne erhalten.

Es ist schlimm genug, dass allein im vergangenen Jahr jeder 20. Job in der Industrie vernichtet worden ist.

Da müssen wir schnell und wirksam gegensteuern. Es ist nämlich wesentlich teurer und mühsamer, niedergegangene Strukturen wieder aufzubauen als sie über die Krise zu retten und/oder zukunftsfest zu machen.

Es ist sinnvoller, neue Standards zu setzen und Weltnormen zu entwickeln, als sich von anderen Industrienationen abhängig zu machen.

Wie wichtig eine solide industrielle Basis ist, zeigt ein kurzer Blick auf Großbritannien.



Dort beträgt die industrielle Produktion nur noch zu etwa dreizehn Prozent zur Bruttowertschöpfung bei. Das ist einfach zu wenig.

Wir dürfen es nie so weit kommen lassen. Deutschland ist ein Industrieland. Und muss es bleiben. Wir brauchen starke, qualitativ hochwertige Industrien und Dienstleistungen gleichermaßen.

Deshalb muss die künftige Industriepolitik gesamtwirtschaftlich angelegt werden. Und sie muss immer auch Dienstleistungspolitik sein.

Dass diese Verzahnung entscheidend ist, zeigt schon die Geschichte vieler Erfindungen. Da werden in Deutschland Patente angemeldet, die Forschung wird auch gefördert, aber die neuen Produkte werden dann häufig im Ausland entwickelt und produziert.

Da gehen also Beschäftigungschancen verloren. Kommerzialisierungsfonds könnten hingegen das nötige Kapital bereit stellen, Innovationsräte von Wissenschaftlern und Betriebsräten wichtige Steuerungsfunktionen übernehmen. Damit das, was hier erdacht wurde, auch hier zu guter Arbeit führt.

Grundvoraussetzung für eine wissensintensive Produktion, für eine gute Industriepolitik aber ist und bleibt ein Bildungssystem, das Chancengleichheit bis zum Abschluss eines Hochschulstudiums sichert. Auch das gehört zu einer sozialen Ordnung in Deutschland. Denn Bildung ist kein Gedöns. Bildung ist unsere Zukunft, für jeden einzelnen Menschen, aber auch für die gesamte Volkswirtschaft.

Kolleginnen und Kollegen,

Bildung ist auch entscheidend für die Entwicklung eines starken Dienstleistungssektors.

Denn es klafft noch immer eine große Dienstleistungslücke, vornehmlich im Bereich der sozialen Dienstleistungen.

Wir werden Wege aufzeigen, wie gute Arbeit und gute Leistungsqualität miteinander kombiniert werden können, vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung, Gesundheit und Pflege.

Auch deswegen wehren wir uns gegen eine weitere Demontage des öffentlichen Dienstes und Sparorgien bei sozialen Dienstleistungen.

Nicht zuletzt hier entscheidet sich, ob es uns gelingt, umzudenken, eine neue Ordnung zu schaffen und die Gesellschaft in der Balance zu halten.

Wir müssen dringend in die soziale Infrastruktur investieren - das ist eine Frage der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Zukunftssicherung.

Denn eine vorausschauende, solidarische Gesellschaft lässt die Menschen mit ihren Lebensrisiken nicht allein.

Sie achtet vielmehr darauf, dass alle gemeinsam vorsorgen, um sich dann gegenseitig zu stützen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter oder Pflege.

Kolleginnen und Kollegen,

ein meistens schöner und dennoch dramatischer Einschnitt in das Leben junger Leute ist die Geburt von Kindern.

Wir sagen: Das Familienmodell, das ausschließlich auf den männlichen Ernährer setzt, hat ausgedient.

Eine moderne Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft braucht alle klugen Köpfe, seien es nun die von Männern oder von Frauen.

Schon die Klassiker der Arbeiterbewegung wussten, dass der Stand der Emanzipation der Frauen Ausdruck der Emanzipation der gesamten Gesellschaft ist.

Oder wie mir eine Kollegin aus Angola einmal sagte: Die Diskriminierung von Frauen ist die Mutter aller Diskriminierungen.

Wirkliche Wahlfreiheit heißt: Beide Elternteile sind zuständig für den Nachwuchs, beide müssen das Recht und die Möglichkeit haben, einem Beruf nachzugehen.

Es muss endlich aufhören, dass Kinder in Deutschland ein Armutsrisiko sind. Für junge Familien. Aber auch für Alleinerziehende.

Und es ist gut, dass die Jobcenter künftig allen Müttern oder auch Vätern, die auf sich gestellt sind, eine Kinderbetreuung anbieten müssen. Nur so wird es ihnen gelingen, der Hartz IV-Falle wirklich zu entkommen.

Mehr Frauen in der Erwerbstätigkeit hat übrigens ganz automatisch zur Folge, dass die Nachfrage nach Kinderbetreuung und Altenpflege als Dienstleistung wächst.

Erstens, weil die Doppelbelastung von Beruf und Familie weder für Männer noch für Frauen auf Dauer ohne Hilfe zu stemmen ist.

Und zweitens, weil einfach auch mehr Geld da ist, um gute Dienstleistung gut zu bezahlen.

Deshalb sagen wir: Der Ausbau, nicht der Rückbau sozialer Dienstleistungen ist das Gebot der Stunde!

Liebe Delegierte,

Kolleginnen und Kollegen,

Es ist eine große Vision, in Ordnung zu bringen, was in zwei, drei Jahrzehnten in Deutschland durcheinander geraten ist.

Das ist eine wirkliche Herausforderung: Eine neue Ordnung für die guten Ziele Arbeit, Gerechtigkeit, Solidarität.

Dann wäre diese Gesellschaft wieder auf der Höhe der Zeit: Neoliberalismus war gestern.

Es wird nicht auf die Schnelle gehen, das gesellschaftliche Klima zu erneuern, die Deutungshoheit zurück zu erlangen und dem Grundgesetz wieder Geltung zu verschaffen.

Aber je früher wir anfangen, desto besser ist das für die Gewerkschaften, für unsere Mitglieder und für die gesamte Gesellschaft.

Denn nach wie vor gilt: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Und: Eigentum verpflichtet.

Unsere Vision ist eine menschliche, gerechte, solidarische Gesellschaft mit guter Arbeit für alle.

Es hat einmal eine Zeit gegeben, da war es verpönt, eine Vision zu haben. Mehr noch. Wer Visionen hatte, wurde zum Arzt geschickt.

Was für ein Irrsinn.

Wir wissen: Wer keine Vision hat, dem fehlt Richtung und Ziel.

Wer nicht weiß, wohin er will, irrt umher. Und er verirrt sich.

Genau das ist geschehen. Neoliberalismus, Deregulierung, Privatisierung waren gigantische Irrtümer. Sie haben Wirtschaft und Gesellschaft in eine Sackgasse geführt.

Kolleginnen und Kollegen,

die deutschen Gewerkschaften und ihr Bund, der DGB, haben die Kraft der Veränderung.

Wir können den gesellschaftlichen Diskurs anstoßen, überall, in jedem Ort, in jedem Bezirk, in den Städten und Landkreisen genauso wie in den Betrieben.

Wenn wir zusammen stehen, wenn wir es ernst meinen mit Einheitsgewerkschaften, die sich von niemandem zersplittern lassen und wenn wir - bei allem Streit in der Sache - Solidarität leben, dann können wir dieses Land verändern.



Dann können wir wieder Ordnung schaffen.

Eine neue Ordnung schaffen.

Ordnung in den Köpfen und Ordnung im System.

Es ist eine große Herausforderung.

Ich nehme sie an. Und ich freue mich darauf, das gemeinsam mit Euch zu tun.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.